

**Zum Aufruf in der Fragestunde
am 19. Mai 2016, 9 Uhr
vorgesehene Anfragen**

- 1) Anfrage **des Abgeordneten Erwin Spindelberger (SPÖ)**
Nr. 212/M an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Wie wird die am Pensionsgipfel vom 29.02.2016 vereinbarte Maßnahme "Wiedereingliederung nach langem Krankenstand", die einen Teil der Maßnahmen zur Erreichung des Zieles der langfristigen Sicherung des gesetzlichen Pensionssystems durch Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters und der Beschäftigungsquote Älterer darstellt, umgesetzt?
- 2) Anfrage **des Abgeordneten August Wöginger (ÖVP)**
Nr. 208/M an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Welche Landeshauptleute und Landesfinanzreferenten haben aufgrund der mit Ihnen geführten Gespräche dem Erstentwurf des Sozialministeriums für eine neue Art. 15a-Vereinbarung zur bedarfsorientierten Mindestsicherung ausdrücklich zugestimmt?
- 3) Anfrage **der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein (FPÖ)**
Nr. 205/M an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Was unternehmen Sie gegen die explodierende Ausländerarbeitslosigkeit in Österreich?
- 4) Anfrage **der Abgeordneten Mag. Birgit Schatz (GRÜNE)**
Nr. 215/M an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Welche Schritte planen Sie, um eine gerechtere Verteilung der Arbeit auf die Menschen, die Arbeit brauchen, zu erreichen?
- 5) Anfrage **des Abgeordneten Mag. Gerald Loacker (NEOS)**
Nr. 207/M an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Wie hoch waren die Nettoersatzraten in der Pensionsversicherung für Pensionsneuzugänge des Jahres 2015?
- 6) Anfrage **der Abgeordneten Ing. Waltraud Dietrich (STRONACH)**
Nr. 211/M an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Haben Sie vor, das Pensionssystem im Sinne von Fairness dahingehend zu verändern, dass Personen, die trotz einer jahrelangen Eigenleistung und Eigenverantwortung nur im niedrigen Pensionsbereich angesiedelt sind, einen Vorteil gegenüber denen haben, die nichts eingezahlt haben?

- 7) Anfrage **der Abgeordneten Ulrike Königsberger-Ludwig** (SPÖ)
Nr. 213/M an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Wie kann es angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen gelingen, dass die Bedarfsorientierte Mindestsicherung künftig noch stärker als bisher als Sprungbrett in den Arbeitsmarkt wirken kann?
- 8) Anfrage **der Abgeordneten Mag. Gertrude Aubauer** (ÖVP)
Nr. 209/M an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Bis wann werden Sie einen Gesetzesentwurf zur Umsetzung der wichtigsten Ergebnisse des Pensionsgipfels Ende Februar zur verbesserten Anrechnung von Kindererziehungszeiten und der Reform des Rehabgeld mit Teil-Arbeitsfähigkeit ausarbeiten?
- 9) Anfrage **des Abgeordneten Peter Wurm** (FPÖ)
Nr. 206/M an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Welche Maßnahmen setzen Sie gegen die Einführung der Bankomatgebühren?
- 10) Anfrage **der Abgeordneten Mag. Judith Schwentner** (GRÜNE)
Nr. 216/M an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Das Finanzministerium schlägt im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen einen Kostendämpfungspfad für die Pflege vor. Was werden Sie unternehmen, um zu verhindern, dass es in Folge des Finanzausgleiches zu weiteren Hürden im Zugang zum Pflegegeld kommt?
- 11) Anfrage **des Abgeordneten Johann Hechtl** (SPÖ)
Nr. 214/M an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Welche Auswirkungen erwarten Sie durch die neuesten gesetzlichen Maßnahmen im Rahmen der Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping?
- 12) Anfrage **des Abgeordneten Dr. Franz-Joseph Huainigg** (ÖVP)
Nr. 210/M an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Wann wollen Sie eine einzige Anlaufstelle im Sinne eines one-stop-service für die Genehmigung von Hilfsmitteln und Heilbehelfen umsetzen, damit die Betroffenen nicht von einem Amt zum nächsten im Kreis geschickt werden?